

UN-Sonderbeauftragter Richard Falk: Israelische Wahlen und Abschreckung als Hintergründe des Gazakrieges



von Clemens Ronnefeldt

Richard Falk, ehemaliger amerikanischer Professor für Internationales Recht an der Princeton Universität, derzeit UN-Sonderbeauftragter für die Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten, hat sich sehr kritisch zu der israelischen Position im Gazakrieg geäußert. Er hat auch, schon bevor Beginn des Krieges, einen Internationalen Strafgerichtshof gefordert, um gegen die Israelische Führung wegen möglicher Verletzungen des Internationalen Kriegsrechts zu ermitteln. Er tat dies, weil er in der Abriegelung des Gazastreifens „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ sah. (http://www.democracynow.org/2008/12/17/days_after_calling_israeli_blockade_of)

Zum Bruch der Waffenruhe zwischen Hamas und Israel

Richard Falk, schrieb in einer lokalen US-Zeitung den Artikel: „Die Gaza-Katastrophe verstehen“ (1):

„Der Hamas wird die Schuld für den Zusammenbruch des Waffenstillstands durch ihre angebliche Weigerung, ihn zu erneuern, sowie durch die Zunahme der Raketenangriffe zugeschoben. Die Wirklichkeit ist allerdings weniger eindeutig. Es gab keinen nennenswerten Raketenbeschuss aus Gaza während des Waffenstillstandes, bis Israel am 4. November einen Angriff gegen angeblich palästinensische Militante in Gaza durchführte, bei dem mehrere Palästinenser getötet wurden. In dem Moment wurde der Raketenbeschuss aus Gaza intensiviert. Außerdem hat die Hamas bei mehreren öffentlichen Gelegenheiten dazu aufgerufen, den Waffenstillstand zu verlängern – Aufrufe, die nie anerkannt, geschweige denn durch israelische Regierungsstellen aufgegriffen wurden. Darüber hinaus ist die Zuweisung der Verantwortung für alle Raketenangriffe an die Hamas auch nicht überzeugend. Eine Vielfalt unterschiedlicher Milizen operiert in Gaza; manche davon, wie die Fatah-unterstützte „Al-Aqsa Märtyrerbrigade“, sind gegen die Hamas und könnten sogar Raketen abfeuern, um israelische Vergeltung zu provozieren oder zu rechtfertigen. Gut bestätigt ist die Tatsache, dass, als die von den USA unterstützte Fatah Gazas Verwaltungsstruktur kontrollierte, sie genauso wenig in der Lage war, die Raketenangriffe zu verhindern, trotz konzentrierten Bemühungen, dies zu tun“.

In der Zeitung „Haaretz“ war zu lesen, die Hamas habe sich bis zu dem bitteren Tag (Anm.: C.R.: des Beginns der Operation „Gegossenes Blei“) an den Waffenstillstand gehalten und sogar Angehörige von Milizen verhaftet, die in der Vergangenheit Raketen auf Israel geschossen hatten.

Hintergrundfolie: Wahlen in Israel und Rehabilitierung für Libanonkrieg 2006

Richard Falk folgert: „Dieser Hintergrund legt nahe, dass Israel seine verheerenden Angriffe seit dem 27. Dezember lancierte, nicht nur um die Raketenangriffe zu stoppen oder zu vergelten, sondern auch aus einer Reihe nicht anerkannter Gründe. Es war schon seit mehreren Wochen vor dem israelischen Angriff zu erkennen, dass die israelische politische und militärische Führung die Öffentlichkeit auf eine militärische Großoffensive gegen die Hamas vorbereitete. Der Zeitpunkt des Angriffs scheint durch eine Reihe von Überlegungen gewählt worden zu sein: Vor allem das Interesse der politischen Rivalen, Verteidigungsminister Ehud Barak und Außenministerin Tzipi Livni, daran, ihre Härte vor den für Februar festgelegten – und nun eventuell bis zu einem Ende der militärischen Operationen verschobenen – nationalen Wahlen zu demonstrieren. Solche Kraftbeweise sind ein Charakteristikum vergangener Wahlkam-

pagnen gewesen, und besonders in dem gegenwärtigen Fall wurde die derzeitige Regierung erfolgreich durch den notorisch militaristischen israelischen Oppositionspolitiker Benjamin Netanyahu angefochten, wegen ihrer angeblichen Unfähigkeit, die Sicherheit aufrecht zu halten. Solche wahlbedingte Motivation wurde durch den kaum verborgenen Druck der militärischen Befehlshaber verstärkt, die Gelegenheit zu ergreifen, um die Erinnerung an den verheerenden Libanonkrieg 2006 zu tilgen. Dieser hatte sowohl den Ruf Israels als Militärmacht befleckt wie auch zu einer weit verbreiteten internationalen Verurteilung Israels für die schwere Bombardierung ungeschützter libanesischer Dörfer, die unverhältnismäßige Gewalt und den verbreiteten Einsatz von Splitterbomben gegen dicht bevölkerte Gebiete geführt.“

Israelische Befindlichkeit vor dem Angriff

Der UN-Sonderbeauftragte versucht in seinem Beitrag, auch die innerisraelische Situation vor dem Angriff darzustellen: „Respektierte, konservative israelische Kommentatoren gehen noch weiter. Zum Beispiel verknüpfte der prominente israelische Historiker Benny Morris vor einigen Tagen in der New York Times die Gazakampagne an eine tiefer liegende Reihe von Befürchtungen in Israel, die er mit der dunklen Stimmung vor dem 1967er Krieg verglich, als sich die Israelis stark bedroht fühlten durch arabische Mobilisierung an ihren Grenzen. Morris behauptet, dass, trotz des israelischen Wohlstands und der relativen Sicherheit der letzten Jahre, mehrere Faktoren Israel dazu gebracht haben, kühn gegen Gaza vorzugehen: Die angenommene, fortgesetzte Weigerung der arabischen Welt, die Existenz Israels als eine feststehende Gegebenheit anzuerkennen; die aufrührerischen, durch Mahmoud Ahmadedschad ausgesprochenen Drohungen, zusammen mit der angenommenen Absicht Irans, sich Kernwaffen zu verschaffen; die verblässende Erinnerung an den Holocaust zusammen mit der wachsenden Sympathie für die Palästinenser im Westen, und die Radikalisierung der politischen Bewegungen an den Grenzen Israels in Form von Hamas und Hisbollah. Insgesamt argumentiert Morris, dass Israel versuche, durch die Vernichtung der Hamas in Gaza eine breitere Botschaft an die Region zu senden: Dass es vor nichts zurückschrecken wird, um seinen Anspruch auf Souveränität und Sicherheit aufrecht zu halten“.

Der Gazakrieg als Stellvertreterkrieg gegenüber Iran

Am 18. Juli 2008 veröffentlichte Benny Morris in der New York Times einen Artikel, in dem er u.a. schrieb: „Die Iraner werden – sei es aus ideologischen Gründen oder aus Angst vor einem nuklearen Präventivschlag der Israelis – jede von ihnen gebaute Bombe einsetzen. Darum ist ein israelischer Nuklearschlag, der die Iraner an ihren letzten Schritten zu einer Bombe hindert, wahrscheinlich. Die Alternative wäre, es

zuzulassen, dass Teheran seine Bombe hat. So oder so, wäre in jedem der beiden Fälle ein nahöstlicher Nuklear-Holocaust vorherbestimmt“ (2).

Am 21.8.2008 berichtete die israelische Zeitung „Haaretz“ dass der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak bei seinem USA-Besuch Anfang August 2008 um Tankflugzeuge des Typs Boing 767 gebeten habe, damit die lediglich sieben im Besitz der israelischen Luftwaffe sich befindenden betankbaren Kampfflugzeuge bei Fern-Operationen in der Luft betankt werden könnten - und damit ihre Reichweite bis nach Iran und zurück nach Israel reichen würde. Die US-Regierung verweigerte den Kauf, weil sie - so „Haaretz“ - „fürchtete, solch eine Transaktion könnte als Unterstützung für einen israelischen Angriff auf Iran interpretiert werden“ (3).

Die US-Regierung verweigerte bisher ebenfalls die Überflugrechte für israelische Kampfflugzeuge über Irak. Gleichzeitig konnte Iran aus Russland importiertes Flugabwehrraketen-Zubehör in Empfang nehmen, allerdings bisher noch nicht die Raketen selbst, die neben den bereits gelieferten russischen Tor-M-1-Raketen als zusätzliche effektive Waffen gegen US- wie auch gegen israelische Angriffe gelten: „Es gibt Anzeichen, dass die Installation der S-300 in Iran bereits vor zwei Wochen begonnen hat. ... Ein hoher israelischer Emissär, der sofort nach Moskau eilte, erreichte offenbar nichts. Wie es aus anderen Quellen heißt, wollen die Russen angeblich S-300 auch um den syrischen Hafen Tartus stationieren, um diesen für ihre Schiffe zu sichern“ (Süddt. Zeitung, 23.12.2008).

Mit der baldigen Inbetriebnahme des Reaktors in Busher läuft zudem die Zeit für einen Präventivschlag ab; nach dem Anlaufen des Atomkraftwerkes würden US-Soldaten in Irak und Afghanistan bei einer Bombardierung einem radioaktiven Fallout ausgesetzt. Barak Obama wurde für seine signalisierte Dialogbereitschaft gegenüber Iran von israelischer Seite bereits heftig kritisiert. Die israelische Führung erkannte spätestens am 4.11.2008, dass mit der Wahl des neuen US-Präsidenten die notwendige Unterstützung für einen israelischen Angriff auf Iran in absehbarer Zeit nicht zu bekommen sein wird.

Im engen Zeitfenster vor dem Amtsantritt von Barak Obama war der am 27.12.2008 gestartete Nahost-Krieg eine der letzten Möglichkeiten der israelischen Führung, Iran, dessen regionale Interessenwahrnehmung über Hisbollah und Hamas direkt bis an die Grenzen Israels reicht, eine indirekte „Abschreckungs-Botschaft“ zu senden - mit furchtbaren Konsequenzen für die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen.

Richard Falk bilanziert: „Zwei Schlüsse sind daraus zu ziehen: Die Menschen in Gaza werden streng bestraft aus Gründen, die weitab von den Raketen und der Frage der Grenzsicherheit liegen, scheinbar um die Wahlchancen der gegenwärtigen Führer zu verbessern, denen jetzt eine Niederlage bevorsteht, und

um andere in der Region zu warnen, dass Israel übermächtige Gewalt einsetzen wird, wann immer seine Interessen bedroht sind.“

Anmerkungen zu regionalen und geopolitischen Hintergründen

Vor allem die Regierungen in Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien unterstützen überwiegend die Fatah im Bruderkampf gegen Hamas, weil sie den wachsenden Einfluss Irans in der Region eindämmen möchten - wenngleich auch vor allem Ägypten und Saudi-Arabien Versuche zur Beilegung des innerpalästinensischen Bruderkrieges unternommen haben. Israel wusste schon vor dem Angriff, dass sich der Protest aus den genannten arabischen Nachbarstaaten beim Sturz der Hamas in Grenzen halten würde. Die Operation „Gegossenes Blei“ hat so auch zu einer Spaltung innerhalb der arabischen Liga geführt, ebenso zu einer weiteren Verschärfung der Spannungen zwischen dem schiitisch-persischen Iran und den beiden wichtigsten sunnitisch-arabischen Ländern der Region, Saudi-Arabien und Ägypten. Die Regierung in Kairo möchte nicht in die „israelische Falle“ tappen und durch die Öffnung der Rafah-Grenze die Verantwortung für den Gazastreifen übernehmen, die Israel am liebsten abschieben würde.

Nach dem Absturz der US-Regierung als alleiniger Supermacht wegen des Irak- und Afghanistan-Desasters inklusive eines 1,2 Billionen US-Dollar Haushaltsdefizites spielt das rohstoffreiche Russland - insbesondere auch nach dem Georgien-(Pipeline-Interessen)-Krieg -eine zunehmend wichtigere Rolle im Nahen und Mittleren Osten, wo Moskau über Länder wie Syrien oder Iran seine geostrategischen Interessen wahrt. Die Bombardierung des Gazastreifens trägt somit auch einige Züge eines Stellvertreterkrieges wie in den Zeiten des „Kalten Krieges“, ausgelöst letztendlich durch die US-Invasion 2003 im Irak, ohne die Iran nicht zu seiner derzeitigen Stärke als aufsteigende Regionalmacht und Widerpart Israels gekommen wäre.

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

Anmerkungen

(1) http://www.huffingtonpost.com/richard-falk/understanding-the-gaza-ca_b_154777.html, dt. Übersetzung: Dr. Angelika Schneider

(2) <http://www.nytimes.com/2008/07/18/opinion/18morris.html>, dt. Übersetzung: Ellen Rohlf.

(3) <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1013735.html>, dt. Übersetzung: Ellen Rohlf.

Freising, 21.1.2009

Spendenkonto für die Arbeit des Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Sparkasse Minden-Lübbecke, Konto-Nr: 400 906 72, BLZ 490 501 01, Stichwort „Friedensreferat“

Kontakt: Clemens Ronnefeldt,

Friedensreferat des deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes, A.-v.-Humboldt-Weg 8a, 85354 Freising, Tel: 08161 547015, Fax: 08161 547016, C.Ronnefeldt@t-online.de, www.versoehnungsbund.de

Geschäftsstelle: Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel: 0571 850875, Fax: 0571 8292387, vb@versoehnungsbund.de



**Internationaler
Versöhnungsbund**

Seit 1914 gewaltfrei aktiv
gegen Unrecht und Krieg